

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 2. öffentlichen Sondersitzung des Hauptausschusses am  
12.01.2005**

***ö f f e n t l i c h***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal  
**Zeit:** 16:00 Uhr bis 16:50 Uhr  
**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Frau Ingrid Häußler	OB
Herr Harald Bartl	parteilos
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Herr Bernhard Bönisch	CDU
Frau Isa Weiß	CDU
Herr Dr. Bodo Meerheim	PDS
Frau Gertrud Ewert	SPD
Herr Gottfried Koehn	SPD
Herr Mathias Weiland	GRÜNE
Herr Heinz Maluch	GRAUE
Frau Sabine Wolff <small>beratend</small>	Neues Forum
Herr Eberhard Doege	Verw
Herr Dr. Thomas Pohlack	Verw
Frau Jane Unger	Verw

**Entschuldigt fehlen:**

Frau Ute Haupt	PDS	vertreten durch Herrn Uwe Heft
Herr Hendrik Lange	PDS	vertreten durch Herrn Dr. Uwe-Volkmar Köck
Frau Heidrun Tannenberg	PDS	vertreten durch Frau Frigga Schlüter-Gerboth
Herr Johannes Krause	SPD	vertreten durch Herrn Dr. Andreas Schmidt
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	
Herr Friedemann Scholze	FDP	
Herr Dieter Funke	Verw	
Herr Dr. H.-Jochen Marquardt	Verw	
Frau Dagmar Szabados	Verw	
Frau Annemarie Kraft	Verw	vertreten durch Frau Kerstin Punner
Herr Franz Stänner	Verw	vertreten durch Frau Ria Steppan

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

### Wortprotokoll:

Die 2. Sondersitzung des Hauptausschusses wurde eröffnet und geleitet von der Vorsitzenden des Hauptausschusses, Frau Oberbürgermeisterin Ingrid **H ä u ß l e r**. Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

Es gab keine Anmerkungen.

Ohne förmliche Abstimmung wurde folgende **T a g e s o r d n u n g** festgestellt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
2. **Feststellung der Tagesordnung**
3. **Vorlagen**
- 3.1. **Stellungnahme der Stadt Halle zum Gesetz über die Grundsätze für die Regelung der Stadt-Umland-Verhältnisse und die Neugliederung der Landkreise**  
Vorlage: IV/2004/04663

### zu 3      **Vorlagen**

#### zu 3.1      **Stellungnahme der Stadt Halle zum Gesetz über die Grundsätze für die Regelung der Stadt-Umland-Verhältnisse und die Neugliederung der Landkreise**

Vorlage: IV/2004/04663

---

#### **Wortprotokoll:**

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** führte aus, die Verwaltung habe den Gesetzentwurf Mitte Dezember 2004 erhalten und dann eine Stellungnahme erarbeitet, die Anfang des Jahres 2005 innerhalb der Verwaltung abgestimmt worden sei. Am Montag sei sie den Fraktionen zugegangen.

Vom Grundsatz her könne man der Stellungnahme entnehmen, dass man das Gesetz begrüße, denn es sei das erste Mal, dass es einen Gesetzentwurf gebe, der überhaupt die Notwendigkeit der Regelung der Stadt-Umland-Verhältnisse Halle-Saalkreis formuliere. Es sei erreicht worden, dass alle Instrumente, die man zur Regelung der Stadt-Umland-Verhältnisse habe, in diesem Gesetzentwurf Eingang gefunden haben. Es seien im Wesentlichen drei Instrumente angesprochen worden: der Mehrzweckverband, Teileingemeindungen und Direkteingemeindungen.

Die Verwaltung habe sich der Reihe nach mit diesen Dingen auseinandergesetzt. Im Vorfeld habe man auch Kontakt zum Ministerium gehabt, wobei diskutiert worden sei, was die wichtigen Dinge für Halle seien, die gelöst werden müssen.

Für die Verwaltung sei es wichtig gewesen zu erreichen, dass Kriterien gefunden werden, die es zum einen erlauben, wieder einen gewissen Bevölkerungszuwachs für die Stadt Halle zu erreichen, weil das eine Finanzierungsgrundlage für die Stadt ist; auf der anderen Seite sei es aber auch wichtig, dass die Frage, wie könne sich die Stadt Halle wirtschaftlich weiter entwickeln, beantwortet werde. Da werde die Meinung vertreten, dass es für Halle wichtig wäre, die Entwicklungsachse entlang der B 6 Richtung Flughafen zu sehen, weil sich dort in den nächsten Jahren eine wesentliche wirtschaftliche Entwicklung abspielen werde.

Darüber hinaus sei die gesamte finanzielle Seite eine wichtige Frage, um die es gehe; das sei davon abhängig, wie die Gemeinden gestellt seien, die möglicherweise zu Halle dazu kommen. Dazu sei im Vorfeld eine umfangreiche Studie an die Landesregierung gereicht worden, die sich mit den Stadt-Umland-Verhältnissen auseinandersetze und genau analysiere, welche finanziellen Verhältnisse bei welcher Gemeinde vorzufinden seien und was sich für die Stadt Halle verändern würde, wenn eine bestimmte Anzahl von Gemeinden zur Stadt Halle dazu käme. Eine Schlüsselfunktion habe dabei die Gemeinde Schkopau, weil sie über die höchste Finanzkraft am Rande der Stadt Halle verfüge.

Sie würde es für richtig halten, die Gemeinde Schkopau mit einzubeziehen, dann das Geld, das dort erwirtschaftet werde, käme an die richtige Stelle, nämlich an das nächstliegende Oberzentrum, was im Prinzip ein großes Stück Infrastruktur für die wirtschaftliche Tätigkeit in Schkopau liefere. Wenn man anders vorgehe - wie es möglicherweise zu erwarten sei, weil man aus politischen Gründen die Gemeinde Schkopau nicht absetzen wolle – heiße dies, dass die Ärmern zur armen Stadt Halle gebracht würden und man auf einem anderen Weg versuchen müsse, finanzielle Regeln zu erreichen.

Sie äußerte sich weiter zu den Möglichkeiten der Bildung eines Zweckverbandes. Man sollte sehr schnell zusammenkommen, um über die Möglichkeiten eines solchen Zweckverbandes zu reden. Auch halte man es nicht für sinnvoll, erst die Möglichkeiten eines Zweckverbandes zu prüfen und dann zum Thema Eingemeindung zu kommen. Das dauere vor allem für die betroffenen Gemeinden zu lange. Deshalb werde in der Stellungnahme zum Ausdruck gebracht, dass das Ganze zeitgleich diskutiert werden müsse, um Klarheit zu schaffen, wie die weiteren Strukturen hier in der Zukunft sein sollen.

Herr **Weiland**, Fraktion, WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/MitBürger, merkte bezüglich der Aussagen zu Zweckverbänden in der Stellungnahme (*Seite 2, Absatz beginnend „Ob die Zusammenarbeit...“*) an, dass diese für seine Begriffe missverständlich seien: man könnte daraus entnehmen, dass sowohl Zweckverbände für die jeweils einzelnen zu lösenden Aufgaben angestrebt werden sollen mit unterschiedlichen Beteiligungen, und er bezweifle, ob das wirklich im Interesse der Stadt sein könne, so etwas zu wollen. Er hätte hier restriktiver formuliert.

Es folgte eine kurze Diskussion zu diesem Passus.

Herr **Dr. Köck**, PDS-Fraktion, äußerte grundsätzlich, man spüre, dass die Landesregierung relativ schnell diesen Gesetzentwurf zusammengebaut habe, vor allem die Instrumentarien, mit denen eigentlich nur festgelegt werde, welche Möglichkeiten bestehen. Die eigentlichen Knackpunkte kämen natürlich dann in den Ausführungsgesetzen. Mit der Verabschiedung der Stellungnahme sollte das Problem nicht beiseite gelegt werden, sondern es sollte die Zeit genutzt werden, um weiter zu diskutieren und nach der besten Lösung zu suchen. Man habe sehr wohl bemerkt, dass genau das, was seine Fraktion mit dem Eilantrag in der letzten Stadtratssitzung versucht habe, auf die Tagesordnung zu bringen, sehr ausführlich von der Stadtverwaltung reflektiert worden sei.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, regte an, den von Herrn Weiland angesprochenen Passus in der Stellungnahme zu streichen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** nahm nach kurzer Diskussion die Anregung auf, diesen Absatz in der Stellungnahme zu streichen.

Wichtig sei, darauf zu dringen, dass mit der Arbeit sofort begonnen werde und man zeitgleich die ganzen Prozesse betrachte.

Herr **Bönisch**, CDU-Fraktion, schlug weitere Formulierungsänderungen vor:

- Seite 1, zweiter Absatz ...für die Herausbildung... neu: ...für die **Stärkung...**
- Seite 1, dritter Absatz ...Konfliktlösung... neu:...**Problemlösung...**
- Seite 2, vierter Absatz... 250 000 Einwohner...Was mache diese Zahl für einen Sinn?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erläuterte, diese Zahl bedeute eine Grenze in der Betrachtung durch den Städtetag. Sie schlug vor zu formulieren, dass wieder deutlich die Einwohnerzahl von 250 000 überschritten werden soll.

Herr **Bönisch** nannte weitere Änderungsvorschläge:

- Seite 2, sechster Absatz...in absehbarer Zeit... nach Diskussion neu: Zum jetzigen Zeitpunkt **wird eingeschätzt, dass es einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen wird, sich mit den Umlandgemeinden...** siebenter Absatz beginnend mit: **Deshalb muss zügig...**
- Seite 3, dritter Absatz ...finanzieller Art.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erläuterte den Sinn der von der Verwaltung vorgeschlagenen Formulierung im dritten Absatz.  
Es wurde keine Änderung vorgenommen.

Herr **Bönisch** nannte einen weiteren Änderungsvorschlag:

- *Seite 3, sechster Absatz...nur eine Eingemeindung...*

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** sagte zu, eine Formulierung zu finden, die deutlich ausdrücke, welche Gemeinden gemeint seien.

Herr **Bönisch** äußerte sich weiter zur Frage Flächenbedarf.

Es folgte eine kurze Diskussion zu dieser Problematik.

Weitere Anmerkungen zur Vorlage wurden nicht gemacht.

Die Vorsitzende des Hauptausschusses stellte die Vorlage einschließlich der vorgeschlagenen Änderungen zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:                    einstimmig zugestimmt bei 4 Enthaltungen**

**Beschluss:**

**Der Hauptausschuss stimmt der Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum Gesetz über die Grundsätze für die Regelung der Stadt-Umland-Verhältnisse und die Neugliederung der Landkreise zu.**

---

Die Vorsitzende des Hauptausschusses beendete die 2. Sondersitzung des Hauptausschusses.

**Ingrid Häußler**  
Oberbürgermeisterin  
und Vorsitzende des Hauptausschusses

Punner  
stellv. Protokollführerin

